

Japan – wirtschaftlich und politisch in der Krise

GASTBEITRAG VON DR. AXEL BERKOFKY, ADJUNCT PROFESSOR, UNIVERSITY OF MILAN; ITALY

Japan befindet sich politisch und wirtschaftlich in einer Krise. Wirtschaftlich in einer sehr schweren, politisch wahrscheinlich in einer wenig schweren, weil das Land vor Neuwahlen steht.

Die von der Liberaldemokratischen Partei Japans (Liberal Democratic Party of Japan, LDP) in den letzten Monaten geführte weitestgehend hilflos agierende Regierung unter Premierminister Taro Aso wird den Meinungsumfragen zufolge die anstehenden Unterhauswahlen gegen die von Ichiro Oza wa geführte Demokratische Partei Japans (Democratic Party of Japan, DPJ) verlieren.

Wenn sich die Umfragen als richtig herausstellen sollten, bedeutete eine Wahlniederlage der LDP das Ende einer sehr langen politischen Ära in Japan. Die LDP hat Japan seit 1955 bis heute (mit einer 11-monatigen Unterbrechung 1993/1994) unterunterbrochen regiert.

Das Land befindet sich in einer schweren Rezession, und die jüngsten Wirtschaftsdaten deuten darauf hin, dass die globale Finanz- und Wirtschaftskrise Japans Volkswirtschaft in den kommenden Monaten schwerer und länger als andere westliche Industriestaaten belasten könnte.

Die Exporte des Landes sind dramatisch eingebrochen, das Bruttosozialprodukt hat nahezu 4 Prozent gegenüber dem Vorjahr verloren, die industrielle Produktion ist innerhalb weniger Monate so stark gefallen wie noch nie nach Ende des 2. Weltkriegs, und die Arbeitslosenquote ist auf für Japan

sehr hohe 4,4 Prozent gestiegen.

Die reale Arbeitslosigkeit ist sogar wahrscheinlich noch um einiges höher, was mit der Besonderheit des japanischen Systems zur Errechnung der Arbeitslosenquote zu erklären ist. Wer nur einen Tag im Jahr gearbeitet hat, gilt gemäß der japanischen Berechnungsmethode innerhalb eines Kalenderjahres nicht als arbeitslos.

Die gute Nachricht ist, dass Japans Banken (zumindest bisher) besser als die Banken in Europa und den USA mit der Finanzkrise umzugehen scheinen. Nicht zuletzt deswegen, weil Japans Bankenkrise der 1990er Jahre zu zahlreichen Reformen und Verbesserungen des Kreditvergabesystems in Japan geführt haben.

Diese waren seinerzeit notwendig, nachdem Japans Banken mit Unterstützung bzw. unter Druck der LDP jahrzehntelang Kredite an Firmen vergaben, ohne gesetzlich gezwungen gewesen zu sein sich abzusichern dass diese Unternehmen (vorwiegend des Mittelstands) in der Lage sind, die Kredite zurückzuzahlen. Dieses System des Geldverleihens führte nach dem Platzen der Spekulationsblase auf Japans Immobilienmarkt Ende der 1980er Jahre zu einer enormen Anzahl sog. notleidender Kredite (die sog. non-performing loans). Das japanische Bankensystem geriet dadurch in den 1990er Jahren an den Rande eines Kollapses und konnte nur durch massive und wiederholte Kapitalinjektionen der Regierung Ende der 1990er Jahre gerettet werden.

JAPAN

DR. COLIN DÜRKOP

23. März 2009

www.kas.de

www.kas.de/japan

Hiobsbotschaften aus der Wirtschaft

Im Februar dieses Jahres gab das japanische Finanzministerium bekannt, dass Japans Bruttosozialprodukt von Oktober bis Dezember 2008 um rund 3,3 Prozent gegenüber dem Vorquartal geschrumpft ist. In der Eurozone betrug das entsprechende Minus 1,2 Prozent, in den USA waren es 3,8 Prozent. Verglichen mit dem Vorjahr sank die Wirtschaftsleistung Japans im vierten Quartal sogar um rund um 12,7 Prozent.

Das ist der größte Einbruch der japanischen Wirtschaftleistung seit 35 Jahren.

Zum ersten Mal in Japans Nachkriegsgeschichte sind Massenentlassungen Teil einer japanischen Wirtschaftskrise. Es wird geschätzt, dass bis Ende März rund 400.000 japanische Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz verlieren werden. Angesichts des Einbruchs der Nachfrage nach japanischen Autos und Elektronikprodukten planen Toyota, Sony, Pioneer, Hitachi und andere in den nächsten Monaten tausende von Arbeitsplätzen abzubauen. Nissan hat damit bereits begonnen und kündigte im Februar an, schrittweise rund 20.000 Arbeitsplätze über die nächsten Jahre abzubauen.

Sinkende Exporte

Ebenso schlecht steht es um Japans Exporte, wie im Februar von Japans Finanzministerium bestätigt wurde. Nach Angaben des Ministeriums sind Japans Exporte im Januar im Vergleich zum Vorjahresmonat um rund 46 Prozent gefallen.

Die japanischen Exporte in die USA sanken dabei um 53 Prozent, in die EU um 47 und nach China um 45 Prozent.

Der Wert der in den letzten Monaten nach Japan importierten Güter und Waren übertrifft die Exporte dabei um rund 7,8 Milliarden Euro. Das ist Japans größtes Handelsdefizit seit 1980, und bereits im letzten Jahre verteuerten sich Japans Exporte in die USA aufgrund des gestiegenen Yen um rund 25 Prozent.

Der Rückgang japanischer Exporte ist auch

deswegen beunruhigend bzw. von großer Bedeutung, weil Japans wirtschaftlicher Aufschwung der vergangenen Jahre in erster Linie bzw. ausschließlich vom Export und Investitionen im Ausland getragen wurde. Boomende Exporte nach China leisteten 2003 und 2004 einen wichtigen Beitrag, Rezession und Deflation in Japan zu beenden.

Industrielle Produktion

Von September bis Dezember 2008 verzeichnete Japan einen Rückgang der industriellen Produktion um mehr als 30 Prozent, nachdem in erster Linie Automobilhersteller und Elektronikkonzerne auf die dramatisch sinkende Nachfrage reagierten. Analysten fürchten, dass sich der Rückgang der industriellen Produktion sogar noch steigern könnte, falls sich die Nachfrage nach japanischen Autos und Elektronik in den nächsten Monaten nicht stabilisiert.

Auch in der herstellenden Industrie Japans gibt es momentan nur schlechte Nachrichten. Von Januar bis Februar dieses Jahres sank die Produktion der herstellenden Industrie um 10 Prozent, was dazu führte, dass Arbeitsplatzangebote in diesem Industriezweig um rund 18 Prozent sanken.

Fallender Binnenkonsum

Japans Binnenkonsum schrumpfte in den letzten Monaten um 0,4 Prozent. Das ist jedoch noch nicht als ein Einbruch des Binnenkonsums zu bezeichnen und in Anbetracht der Rezession in Japan ist es eher bemerkenswert, dass der Binnenkonsum bisher nur weniger als um ein halbes Prozent gefallen ist. ‚Shopping‘ ist und bleibt trotz Wirtschaftskrise Teil der japanischen Freizeitkultur, auch wenn die anstehenden Massenentlassungen manch einem Japaner ohne Zweifel diesen Freizeitspaß verderben wird.

Japans Konsumenten haben sich in der Vergangenheit und während der fast 10 Jahre dauernden Rezession in den 1990er Jahren mit nahezu null wirtschaftlichem Wachstum erstaunlich kauffreudig erwiesen bzw. haben sich, um es salopp auszudrücken, ihre

23. März 2009

www.kas.de

www.kas.de/japan

‚Kauflaune‘ nicht verderben lassen.

Japanische Haushalte haben sich in den 1990er Jahren daran gewöhnt, dass ihre Löhne sanken bzw. nicht wuchsen. Es sanken die Ersparnisse, ohne dass sich dadurch das Konsumverhalten der Japaner grundlegend änderte. Das bedeutete, dass die Binnen- nachfrage auch während der japanischen Wirtschafts- und Bankenkrise der 1990er Jahre stabil blieb, was die wirtschaftliche Erholung Japans von 2003-2008 begünstigte.

Die Situation heute jedoch ist eine andere: Der japanische Arbeitsmarkt ist in den 1990er Jahren flexibilisiert worden, und mittlerweile ist schätzungsweise jede dritte feste Stelle in eine zeitlich befristete umgewandelt worden, was in den nächsten Monaten, in Zeiten bevorstehender Massenentlassungen, Einfluss auf das Konsumverhalten der Japaner haben wird.

Die neuesten Zahlen aus Japan zu den Ausgaben der privaten Haushalte bestätigen das bereits: Diese schrumpften im Dezember 2008 um 4,6 Prozent und im Januar 2009 sogar um 5,9 Prozent im Vergleich zu den Vorjahresmonaten.

Automobilindustrie in der Krise

Die globale Nachfrage nach japanischen Autos fiel in den letzten Monaten um rund 70 Prozent. Japans Automobilhersteller haben nach Angaben der Japan Automobile Association (JAA) im Januar dieses Jahres rund 41 Prozent weniger Autos als im Januar des Vorjahres hergestellt. Während es im Januar des Jahres 2008 noch 976.975 waren, waren es im Januar 2009 nur noch 576.539.

Toyota kündigte an, 2009 weltweit nur noch 6,3 Millionen Autos herstellen zu wollen. Das sind 27 Prozent weniger als im letzten Jahr als der weltgrößte Automobilkonzern noch rund 8,6 Millionen Autos produzierte.

Auch Mitsubishi Motors, welches Verluste von 60 Milliarden Yen (rund 465 Millionen Euro) prognostiziert, wird bis Ende März und dem Ende des japanischen Finanzjahrs

330.000 weniger Autos als im Vorjahr herstellen. Wenn sich die Lage nicht weiter verschlechtert, wird allerdings vermutet, dass Japans Automobilhersteller ihre Produktion im April oder Mai wieder erhöhen werden.

Deflation lauert schon (wieder)

Noch ist es in Japan nicht so weit, aber in Anbetracht der steigenden Arbeitslosigkeit und den fallenden Exporten wird es wahrscheinlich nicht mehr lange dauern, bis sich das Land wieder (und nach einer langen Deflationsphase in den in 1990er Jahren) in Richtung Deflation bewegen wird. Wie in den 1990er Jahren in Japan würde eine Deflation erneut die Profite und Investitionen von Unternehmen reduzieren und diese unter Umständen zu weiteren Entlassungen zwingen. Entlassene Arbeitnehmer kaufen wenig bzw. gar nicht, was die deflationären Tendenzen dann noch einmal verstärken würde.

Die Bank of Japan (BOJ), die in den letzten Monaten ihren Leitzins auf 0,1 Prozent reduziert hat, kündigte an, in den nächsten Monaten verstärkt Unternehmensanleihen zur deren Entlastung zu kaufen. Anders als noch während des Beginns der Rezession in Japan in den 1990er Jahren, hat die BOJ diesmal rechtzeitig reagiert.

Allerdings bleiben der BOJ aufgrund des sehr niedrigen Leitzinses (anders als der Fed in den USA oder der EZB in Frankfurt) nur noch sehr limitierte monetäre Optionen zur Verhinderung von Deflation bzw. zur Stimulierung der japanischen Wirtschaft.

LDP-Regierung ratlos und am Ende

Die Umfragewerte der Regierung im Allgemeinen und des Premierministers Taro Aso im Speziellen sind derzeit so schlecht wie die Konjunkturdaten des Landes.

Regierungschef Aso ‚genießt‘ nach den jüngsten Meinungsumfragen derzeit Zustimmungsraten von ca. 15 Prozent, und die Rezession wird vermutlich dafür sorgen, dass seine und die seiner Partei in den nächsten Monaten weiter in den Keller sinken.

23. März 2009

www.kas.de

www.kas.de/japan

Eine Umfrage der Nihon Keizai Shimbun Ende Februar kommt zu dem Ergebnis, dass die Ablehnungsrate Asos mittlerweile auf 80 Prozent angestiegen ist. Wenn die Umfragen Recht haben, machte dies Aso zu einem der unbeliebtesten Premierminister der japanischen Nachkriegsgeschichte. Lediglich der LDP-Politiker und Premierminister 2000/2001 Yoshiro Mori, dessen Zustimmungsraten bis zu seinem Rücktritt konstant unter 10 Prozent lagen, war unpopulärer bei Japans Wählern.

Deutlichstes Indiz dafür, dass Aso und seinem Kabinett wirtschafts- und finanzpolitische Kompetenz und Reformwille fehlen, ist die Entscheidung die vom ehemaligen japanischen Premierminister Junichiro Koizumi begonnene Privatisierung der Post zu unterbrechen. Die Privatisierung der Post, das Herzstück Koizumis Reformen, sollte bis 2017 abgeschlossen sein, aber in Anbetracht der derzeitigen Unterbrechung ist sehr zweifelhaft, ob dieser Fahrplan eingehalten werden kann.

Koizumi kritisierte Aso dafür in der Öffentlichkeit in aller Deutlichkeit und sprach ihm vor laufender Kamera die Kompetenz ab, Japan in Zeiten der Wirtschaftskrise zu führen. Offene Rebellionen in der japanischen Politik im Allgemeinen und innerhalb der LDP im Speziellen waren bisher eine Seltenheit bzw. widersprachen den ungeschriebenen Regeln japanischer Politik gemäß derer innerparteiliche Konflikte hinter verschlossenen Türen ausgetragen werden, um dann der Öffentlichkeit den Eindruck bzw. die Illusion eines innerparteilichen Konsenses in Personal- und Sachfragen zu vermitteln.

Unter normalen Umständen gäbe es innerhalb der LDP wohl noch mehr Druck auf den Premierminister das Parlament aufzulösen, aber in Anbetracht der Tatsache, dass die LDP Unterhauswahlen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit verlieren würde, ist es durchaus nicht unverständlich, dass die Regierung sich mit dem Ausrufen von Neuwahlen Zeit lässt.

Das Ende der Amtszeit Koizumis im September 2006 bedeutete gleichzeitig das

(vorzeitige) Ende japanischer Wirtschafts- und Strukturreformen. Keiner der Nachfolger Koizumis hat bis heute Anstrengungen unternommen, seinen Reformkurs fortzusetzen. Shinzo Abe (Sept. 2006-Sept. 2007) war während seines kurzen Mandats mehr mit innerparteilichen Skandalen als mit Innenpolitik beschäftigt, Yasuo Fukuda (Sept. 2007-Sept. 2008) fehlte die innerparteiliche Unterstützung und Autorität für einen Reformkurs und Taro Aso zeigt sich (wie in der Vergangenheit) eher interessiert, die von Koizumi begonnenen Reformen rückgängig zu machen als diese voranzutreiben.

Innerhalb der LDP gibt es derzeit keinen Politiker, der sowohl die Kompetenz als auch die Unterstützung innerhalb der Partei hätte, die notwendigen wirtschaftlichen und strukturellen Reformen wiederaufzunehmen. Japan bräuchte weitere und umfassende Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsreformen, um das Land wieder attraktiver und bezahlbarer für ausländische Investoren zu machen. Die Verdoppelung ausländischer Investitionen bis zum Jahre 2010 war eines der wirtschafts- und handelspolitisch wichtigsten Anliegen der Regierung Koizumis. Der derzeitige Reformstopp in Japan jedoch wird wahrscheinlich sicherstellen, dass dieses Ziel nicht erreicht werden wird.

Japans Haushalt

Am 28. Februar ist Japans 88 Billionen Yen Haushalt im Unterhaus verabschiedet worden. Danach wird er zur Abstimmung ins Oberhaus eingebracht werden, wo die DPJ aller Voraussicht nach dem Gesetzesentwurf mittels ihrer Mehrheit nicht zustimmen wird. Die DPJ kann die Verabschiedung des Budgets jedoch letztendlich aufgrund der Zweidrittelmehrheit der LDP im Unterhaus nicht blockieren sondern nur um einen Monat verzögern. Artikel 60 der japanischen Verfassung gibt der Regierungspartei das Recht, einen Gesetzesentwurf entgegen dem Willen der Mehrheit der Opposition Gesetz werden zu lassen, wenn sie im Unterhaus eine Zweidrittelmehrheit hat.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass Japan sich im Laufe des Jahres (auch unter einer DPJ-Regierung) gezwungen sehen wird, eine

23. März 2009

www.kas.de

www.kas.de/japan

Reihe von Zusatzbudgets zu verabschieden, welche die bereits astronomisch hohe Staatsverschuldung Japans (180 Prozent des BSP des Landes) weiter in die Höhe treiben wird.

Neben dem regulären Haushaltsbudget bemüht sich die Regierung derzeit, zwei Sonderbudgets zu verabschieden: eines in Höhe von 2 Billionen Yen zur Finanzierung von Steuererleichterungen für Haushypotheken und umstrittene Bargeldzahlungen an Japans Haushalte; ein anderes über eine Billion Yen für die Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf lokaler Ebene.

Um die Konjunktur zu stimulieren, verabschiedete das japanische Parlament bereits im Januar ein Sonderausgabenpaket im Umfang von 4,8 Billionen Yen (40,8 Milliarden Euro), inklusive eines ‚Konsumgutscheins‘ über 12000 Yen (102 Euro) für jeden Steuerzahler. Analysten und Ökonomen jedoch kritisierten, dass der Umfang des Konjunkturpakets viel zu klein sei und bezweifeln die Wirkung der ‚Konsumgutscheine‘ zur Ankurbelung des Binnenkonsums.

DPJ eine Alternative?

Bisher hat sich die DPJ unter Ichiro Ozawa in erster Linie darauf beschränkt, von der LDP geführte Regierungen zu bekämpfen bzw. ihre bei den Oberhauswahlen im Juli 2007 gewonnene Mehrheit dazu benutzt, die Regierungsarbeit und Japans Gesetzgebungsprozess zu behindern bzw. zu verlangsamen. Ozawa hat es sich seit Jahren zur ‚Mission‘ gemacht, die von der LDP geführten Regierungen zu stürzen - zuletzt mit Erfolg nach den kurzen und von Skandalen und politischen Misserfolgen charakterisierten Amtszeiten von Shinzo Abe und Yasuo Fukuda.

Allerdings ist die DPJ alles andere als eine ‚neue‘ politische Kraft in Japan und eine mögliche Regierungsübernahme der Partei Ozawas wäre alles andere als eine politische ‚Revolution‘ in Japan 54 Jahren unterunterbrochener LDP-Herrschaft.

Viele Mitglieder der DPJ, allen voran Ozawa, der in den 1980er und 1990er Jahren die

einflussreiche Position des LDP-Generalsekretärs bekleidete, sind ehemalige LDP-Mitglieder, die zusammen mit Ozawa die LDP zu Beginn der 1990iger Jahre aus Protest wegen zahlreicher innerparteilicher Skandale und Korruptionsfälle verließen.

Bisher hat sich kein Politiker der DPJ in der Öffentlichkeit als Reformherausforderer hervorgetan bzw. die Partei hat bisher kein Konzept präsentiert, wie es im Falle einer Regierungsübernahme plant, die Rezession und den wirtschaftlichen Abschwung in Japan zu bekämpfen. Ausländische Regierungschefs und Außenminister jedoch zeigen sich derzeit bei Japanbesuchen verstärkt interessiert, nicht nur Aso sondern auch Ozawa zu treffen. Zuletzt war das der Fall bei US-Außenministerin Hillary Clinton im Rahmen ihrer ersten Asienreise.

Anders als die LDP jedoch stehen die DPJ und Ozawa nicht für bedingungslose Loyalität gegenüber dem Militärallianzpartner in Washington, und es ist im Falle der Übernahme der Regierungsgewalt durch die DPJ zu erwarten, dass sich diese stärker als die Liberaldemokraten für die Weiterführung der (immer wieder von den USA blockierten und verschobenen) Diskussion um die Reduzierung der amerikanischen Truppenpräsenz in Japan und die Reduzierung des japanischen finanziellen Beitrages zur Unterhaltung des amerikanischen Militärs einsetzen wird.

Derzeit sind in Japan rund 50.000 US-Soldaten stationiert, und Tokio steuert pro Jahr rund 5 Milliarden US-Dollar (rund 75 Prozent der Gesamtkosten) zu deren Unterhaltung bei. Die Finanzierung amerikanischen Militärs ist Teil der politischen Opposition schon lange ein Dorn im Auge, und das Einverständnis der Regierung, Teile der Kosten für die Umstationierung amerikanischer Truppen von Okinawa nach Guam in Höhe von rund 6 Milliarden Dollar zu übernehmen, nahm die Opposition zum Anlass, lautstark eine Neudefinierung der amerikanisch-japanischen Sicherheitsallianz zu fordern. Japan, kritisieren Teile der Opposition, dürfe nicht länger der ‚Vasall‘ der USA sein.

JAPAN

DR. COLIN DÜRKOP

23. März 2009

www.kas.de

www.kas.de/japan

Fazit

Japan hat ein schweres Jahr vor sich, und die Regierung unter Taro Aso agiert seit Monaten so derartig hilflos und glücklos, dass Japan zu wünschen ist, dass er eher früher als später das Unterhaus auflöst und Neuwahlen ausruft.

Spätestens bis zum 11. September muss er das tun, um dann innerhalb von 40 Tagen (sprich bis spätestens Mitte Oktober) Unterhauswahlen stattfinden zu lassen wie es Artikel 45 der japanischen Verfassung vorsieht.

Die oben besprochenen Wirtschafts- und Konjunkturdaten sind derzeit dramatisch schlecht, und eine neue japanische Regierung wird 2009 und 2010 enormes politisches und finanzielles Kapital investieren müssen, um dem Einbruch der Wirtschaftsleistung des Landes entgegenwirken zu können.

Japans politische Opposition, die DPJ in vorderster Reihe, steht seit Monaten in den Startlöchern. Die DPJ hatte der LDP bereits im Juli 2007 unter dem ähnlich hilflos agierenden damaligen Premierminister Shinzo Abe eine schwere Niederlage bei den Oberhauswahlen zugefügt, und die LDP konnte Japan nach der Wahlniederlage nur Dank ihrer Zweidrittelmehrheit im Unterhaus regieren.

Die LDP hat Japan seit 1955 praktisch ununterbrochen regiert, und erst seit sich Japan in den letzten Jahren in Richtung eines 2-Parteien-Systems (LDP-DPJ) entwickelt, ist eine Regierung ohne LDP-Beteiligung eine realistische Option japanischer Politik.

Wie die Meinungsumfragen der letzten Wochen und Monate belegen, ist das derzeit der vom japanischen Wähler bevorzugte Wahlausgang.